

Identitätspolitik und katholische Weltanschauung

Eine kritische Annäherung

Patrick Zoll SJ

Der Kampfbegriff „Identitätspolitik“ wird gebraucht, um entweder eine Verfalls- oder eine Fortschrittsgeschichte zu erzählen, um die eigenen politische Präferenzen zu erklären und zu rechtfertigen. Weil solche Narrative unterkomplex sind und stark polarisieren, sollten Katholiken der Versuchung widerstehen, sie sich in einer konservativen und kulturpessimistischen Verfallsvariante oder aber einer liberalen und progressiven Fortschrittsvariante einfach unkritisch zu eigen zu machen, schreibt Patrick Zoll SJ. Der Autor ist Professor für Metaphysik an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München.

„**A**lle Welt spricht von Identität [...]“.¹ Laut Thomas Piketty ist dies aber nicht gut, denn: „Genau das nämlich zählt zu den perversten Effekten dieser Rechtsextremisierung der politischen Debatte: Alle Welt spricht von Identität, aber kein Mensch spricht von der Sozial-, Wirtschafts- und Antidiskriminierungspolitik, die wir für unser Zusammenleben brauchen und die umso mehr nach eingehenden und unaufgeregten Debatten verlangt, als die Herausforderungen neuartig und die Fragen, vor die sie uns stellen, offen sind.“

Gemäß Pikettys Analyse ist die Allgegenwärtigkeit des Sprechens über Identität im zeitgenössischen politischen Diskurs Frankreichs der Erfolg eines rechtsextremen Framings.² Rechtsextreme politische Kräfte wie z.B. die Identitäre Bewegung und ihr nahestehende Parteien und Politiker formulieren ihre Thesen nun nicht mehr mit einem biologistischen Vokabular – etwa mit Bezug auf Rassen –, sondern benutzen Begriffe wie „(ethno-)kulturelle Identität“.³ Es ist nun nicht

mehr (nur) die Reinheit oder Homogenität einer Rasse, sondern die (ethno-)kulturelle Identität eines Volkes, die durch Migration bedroht werde.⁴ Laut Piketty ist das allgegenwärtige Sprechen über Identität aber auch deshalb schlecht, weil es von der Bekämpfung der eigentlichen Übel ablenkt: (Rassistischer) Diskriminierung und sozialer wie wirtschaftlicher Ungleichheit.

Piketty stimmt damit ein in den mittlerweile gut besetzten Chor prominenter linker Kritiker einer sogenannten „Identitätspolitik“. Zum Beispiel definiert Sahra Wagenknecht „Identitätspolitik“ in ihrem Spiegel-Bestseller „Die Selbstgerechten“ mit einem nicht zu überhörenden sarkastischen Unterton so: „Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein. Wichtig, um zur anerkannten Opfergruppe zu werden, ist eigentlich nur, dass es sich um *individuelle* Merkmale handelt, nicht um solche, die mit sozioökonomischen Strukturen zusammenhängen.“⁵

Für Wagenknecht ist Identitätspolitik schlicht Ausdruck des Weltbilds sogenannter „Lifestyle-Linken“, d.h. einer akademischen und ökonomischen Elite, die Klientelpolitik für privilegierte Minderheiten betreibt, aber keine Sozialpolitik, die sich um die „wahren Opfer“ ökonomischer Ungleichheit und Ungerechtigkeit kümmert, nämlich die traditionelle Mittelschicht, die zum großen Teil aus Arbeitern und Nicht-Akademikern besteht.⁶ Für Francis Fukuyama ist der Fokus auf Identität in politischen Debatten bzw. die damit zusammenhängende Identitätspolitik sogar ein entscheidender Faktor, um den globalen Zerfall von Demokratien, das Wiedererstarken autoritärer Regime und Krisenphänomene westlich-liberaler Demokratien wie etwa den Brexit oder die Wahl Donald Trumps zu erklären: „All diese Entwicklungen gehen in irgendeiner Weise auf die ökonomischen und technischen Verschiebungen der Globalisierung zurück. Aber sie sind ebenso verwurzelt in einem anderen Phänomen: dem Erstarken der Identitätspolitik. Die Politik des 20. Jahrhunderts war größtenteils von wirtschaftlichen Fragen bestimmt. Linke Politik konzentrierte sich auf die Arbeiter, Handelsabkommen, die Wohlfahrt und Umverteilung. Im Gegensatz dazu bemühte sich rechte Politik in erster Linie darum, den Staat zu verschlanken und den privatwirtschaftlichen Sektor zu fördern. Heute jedoch wird Politik weniger von wirtschaftlichen oder ideologischen Fragestellungen bestimmt als von Fragen der Identität. Inzwischen konzentrieren sich linke Politiker in vielen Demokratien weniger darauf, für wirtschaftliche Gleichberechtigung zu sorgen, sondern mehr darauf, die Inte-

ressen einer bunten Bandbreite von marginalisierten Gruppen wie ethnischen Minderheiten, Einwanderern und Geflüchteten, Frauen und LGBT-Personen zu vertreten. Die Rechten haben ihre Kernaufgabe unterdessen neudefiniert als die patriotische Verteidigung der traditionellen nationalen Identität, die häufig explizit mit Rasse, Ethnie oder Religion assoziiert wird.“⁷

Der französische Wirtschaftswissenschaftler, die deutsche Politikerin und Volkswirtschaftlerin und der US-amerikanische Politikwissenschaftler sind sich darin einig, dass der neuere allgegenwärtige Rekurs auf Identität in politischen Debatten und die mit einer Identitätspolitik einhergehende Konzentration auf Fragen der Anerkennung der Interessen von Minderheiten schlecht ist, weil sie zu Lasten einer Umverteilungspolitik geht, die sich um mehr ökonomische Gleichheit und Gerechtigkeit bemüht. Alle drei betonen darüber hinaus, dass diese Schwerpunktverschiebung der Aufmerksamkeit zudem problematisch ist, weil sie demokratische Gesellschaften schwächt und insbesondere rechtsextreme Feinde der Demokratie stärkt, die sich die Rhetorik der Identität zueigen machen, um ihren rassistischen Zielen einen emanzipatorischen Anschein zu geben und sich als Opfer zu stilisieren, wenn sie auf Kritik und Widerstand stoßen.⁸

Was ist nun aus katholischer Sicht zu Identitätspolitik und der Kritik an ihr zu sagen? In einem ersten Schritt ist es wichtig, wahrzunehmen, dass der Begriff „Identitätspolitik“ sowohl von den Kritikern einer Identitätspolitik als auch ihren Befürwortern als ein Kampfbegriff verwendet wird. Er wird gebraucht, um entweder eine Verfalls- oder eine Fortschrittsgeschichte zu erzählen, die jeweils die Funktion hat, die eigenen politische Präferenzen zu erklären und zu rechtfertigen.

Gemäß den oben zitierten linken Kritikern ist z.B. die linke Hinwendung zu identitätspolitischen Themen eine Art von Ursündengeschichte, die nicht nur den politischen Misserfolg und Niedergang der Linken in den vergangenen Jahrzehnten erklärt, sondern zugleich auch die gemeinsame Ursache für eine Reihe problematischer politischer Phänomene identifiziert: Das Essen vom verbotenen Baum der Identität hat ein Erstarken des Rechtsextremismus und Populismus, eine ungerechte Sozialpolitik und letztlich den Verfall der Demokratie zur Folge.

Weil solche Narrative unterkomplex sind und zudem stark polarisieren, sollten Katholiken der Versuchung widerstehen, sie sich in einer konservativen und kulturpessimistischen Verfallsvariante oder aber einer liberalen und progressiven Fortschrittsvariante einfach unkritisch zu eigen zu machen. Identitätspolitik ist weder einfach eine zeitgenössische Umsetzung des von Jesus geforderten Einsatzes für Arme und Ausgegrenzte, noch ist sie als Ganze prinzipiell unvereinbar mit katholischen Werten und Überzeugungen. Letzteres wird ersichtlich, wenn man

nicht direkt in die oftmals polemisch geführten Debatten einsteigt, sondern zunächst einmal nüchtern einen Schritt zurücktritt und fragt, was Identitätspolitik eigentlich ist und beansprucht zu sein.

Was ist Identitätspolitik?

Identitätspolitische Aktivitäten gehören zu einer Gattung politischer Aktivitäten, die man als „Anerkennungspolitik“ bezeichnet. Anerkennungspolitischen Aktivitäten ist gemein, dass sie das Ziel haben, ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen zu beseitigen. Innerhalb der Gattung der Anerkennungspolitik kann man zwischen einer identitären und einer nicht-identitären Anerkennungspolitik unterscheiden. Erstgenannte politische Aktivitäten sind dann das, was gemeinhin als „Identitätspolitik“ bezeichnet wird.

Beginnen wir zunächst mit nicht-identitärer Anerkennungspolitik. Klassische Beispiele sind die politischen Aktivitäten der Abolitionisten im 19. Jahrhundert und der Suffragetten- und Bürgerrechtsbewegung im 20. Jahrhundert. In allen drei Fällen zielen die politischen Aktivitäten der Akteure darauf ab, Ungleichbehandlungen zu beseitigen. Zentral für die Beseitigung dieser Ungleichheiten ist die Kritik an ihrer Rechtfertigung. Charakteristisch für nicht-identitäre Anerkennungspolitik ist ferner, dass die jeweilige Ungleichbehandlung mit dem Argument kritisiert wird, dass sie ungerechtfertigt ist, weil sie den Fehlschluss begeht, normative Ungleichbehandlungen mithilfe von normativ irrelevanten faktischen Unterschieden zwischen Menschen (z.B. aufgrund von Geschlecht oder Hautfarbe) zu begründen. Es ist wichtig zu betonen, dass die Kritik hier nicht ist, dass ein Sein-Sollens-Fehlschluss, d.h. ein naturalistischer Fehlschluss, begangen werde. Die Kritik nicht-identitärer Anerkennungspolitik ist vielmehr, dass ein Bezug auf faktische Unterschiede wie Hautfarbe oder Geschlecht keine grundlegende normative Ungleichbehandlung von Menschen rechtfertigen kann (z.B. in der Form von Gesetzen, die Frauen von demokratischen Prozessen ausschließen oder People of Color rechtlich benachteiligen), weil es sich hierbei nur um *akzidentelle*, d.h. unwesentliche, Merkmale und Eigenschaften von Menschen handelt.

Um eine grundlegende normative Ungleichbehandlung von Menschen zu rechtfertigen, müsste es faktische *essentielle* Unterschiede zwischen Menschen geben, anhand derer Menschen in verschiedene Klassen oder Gruppen unterteilt werden könnten. Und genau dies kennzeichnet Versuche, grundlegende normative Ungleichbehandlungen zwischen Herren und Sklaven, zwischen Menschen

weißer Hautfarbe und People of Color, zwischen „Ariern“ und Juden oder zwischen Männern und Frauen zu begründen: Den jeweils Letztgenannten wird im schlimmsten Fall das Menschsein gänzlich abgesprochen und im besten Fall nur ein Menschsein zweiter Klasse zuerkannt mit der Begründung, dass sie sich essentiell von den jeweils Erstgenannten unterscheiden (z.B. dadurch, dass sie weniger oder gar nicht vernunftbegabt seien).⁹ Nicht-identitäre Anerkennungspolitik bestrittet also eine Prämisse, die für die Rechtfertigung normativer Ungleichbehandlungen von Menschen zentral ist, nämlich, dass es essentielle Unterschiede zwischen Menschen gebe.

Wenn es diese essentiellen Unterschiede aber nicht gibt, dann folgt daraus, dass alle Menschen *als Menschen* gleich sind und einen Anspruch auf eine grundlegende normative Gleichbehandlung haben. Gefordert wird demnach, dass Mitglieder bestimmter Gruppen (z.B. Sklaven, People of Color, Frauen) als (vollwertige) Menschen anerkannt und entsprechend behandelt werden. Die Forderung nach einer grundlegenden *normativen* Gleichbehandlung aller Menschen und einer korrespondierenden Korrektur von Ungleichbehandlungen wird also aus der *faktischen* Prämisse abgeleitet, dass alle Menschen in einem grundlegenden Sinne gleich sind, d.h. dass allen Menschen gemeinsam ist, dass sie bestimmte essentielle Eigenschaften haben (z.B. ein vernunftbegabtes Lebewesen zu sein), deren Besitz sie zu Menschen macht.

Identitäre Anerkennungspolitik – Identitätspolitik –, unterscheidet sich nun von der eben skizzierten nicht-identitären Anerkennungspolitik dahingehend, dass sie nicht die Anerkennung von Menschen als Menschen fordert, sondern die Anerkennung von Menschen als Personen, die sich von anderen Personen aufgrund bestimmter Merkmale oder Eigenschaften *unterscheiden* (z.B. Hautfarbe, Geschlecht oder sexuelle Orientierung).¹⁰ Für eine nicht-identitäre Anerkennungspolitik sind Merkmale wie Hautfarbe, Geschlecht oder sexuelle Orientierung normativ irrelevant, gerade weil sie akzidentell für Menschen als Menschen sind. Das normative Ideal ist also eine Politik, die „blind“ ist bezüglich derartiger Unterschiede zwischen Menschen.

Identitäre Anerkennungspolitik zielt im Gegensatz dazu darauf ab, dass diese Unterschiede sichtbar gemacht werden, weil Merkmalen wie Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung *aus subjektiver Sicht* eine essentielle Rolle für die Konstitution der eigenen Identität zukommen kann. Das normative Ideal

Das normative Ideal ist eine Politik, die blind ist bezüglich äußerer Unterschiede zwischen Menschen.

von Identitätspolitik ist also eine Politik, die sensibel und achtsam ist in Bezug auf identitätskonstituierende Faktoren von Individuen und die einen möglichst großen egalitären Schutzraum für die Entfaltung einer Pluralität von Identitäten gewährt.

Identitätspolitik aus katholischer Perspektive

Auf der Grundlage der obigen Analyse und Einordnung von Identitätspolitik als eine Form von Anerkennungspolitik lässt sich differenzierter beurteilen, ob und inwieweit Identitätspolitik mit einem katholischen Weltbild vereinbar ist. Zunächst einmal ist aus festzuhalten, dass beide Formen von Anerkennungspolitik von normativen Intuitionen motiviert sind, die auch in der christlichen Tradition eine wichtige Rolle spielen.

Nicht-identitäre Anerkennungspolitik stimmt mit der christlichen Schöpfungslehre und einer klassischen katholischen Moralphilosophie (z.B. der Naturrechtslehre) darin überein, dass es keine essentiellen faktischen Unterschiede zwischen Menschen gibt, d.h. Menschen als Menschen von einer objektiven Warte aus betrachtet gleich sind. Ferner lässt sich, ausgehend von dem *Faktum*, dass alle Menschen die gleichen Grundbedürfnisse haben und bestimmte Güter brauchen, um sich als Menschen gut entwickeln und gedeihen zu können, gut der *normative* Anspruch ableiten, dass allen Menschen bestimmte Menschenrechte zukommen (z.B. das Recht auf Nahrung, Unversehrtheit von Leib und Leben, Recht auf Bildung).

Identitätspolitik stimmt mit einer katholischen Weltsicht dahingehend überein, dass es Merkmale gibt, die aus *objektiver Perspektive* akzidentell für Menschen sind, aber aus *subjektiver Perspektive* essentiell für Individuen sein können, nämlich dann, wenn sie identitätskonstituierend sind. Aus katholischer Sicht ist z.B. der persönliche Glaube und die Beziehung zu Jesus Christus ein solches Merkmal. Der Glaube oder eine Beziehung zu Jesus Christus ist nichts, was allen Menschen als Menschen zukommt, und Menschen können den erworbenen Glauben auch wieder verlieren. Insofern ist christlicher Glaube aus objektiver Sicht ein *akzidentelles* Merkmal von Menschen. Aus der subjektiven Perspektive eines katholischen Individuums ist dessen Glaube und seine Beziehung zu Jesus Christus aber *essentiell*, weil die ganze eigene Identität, die ganze Art und Weise des eigenen Lebens, von diesem Glauben geprägt ist oder sein sollte. Das katholische Eintreten für eine Politik, die sensibel und achtsam ist in Bezug auf identitätskonstituierende Faktoren von Individuen wie Religion, und eine Politik, die einen

möglichst großen egalitären Schutzraum für die Entfaltung einer Pluralität von religiösen Identitäten gewährt, ist also nichts anderes als eine Identitätspolitik mit religiösem Vorzeichen. Wollen Katholiken das deutsche Religionsverfassungsrecht nicht grundsätzlich infrage stellen, sollten sie sich also hüten, Identitätspolitik in Bausch und Bogen zu verurteilen.

Grundsätzlich nicht vereinbar mit einer katholischen Weltanschauung ist lediglich eine Identitätspolitik, die der normativen Relevanz der subjektiven Perspektive – also identitätskonstituierenden individuellen Merkmalen von Menschen – dadurch Geltung zu verschaffen sucht, dass sie alle objektiven faktischen Unterschiede zwischen Menschen (z.B. Unterschiede in Bezug auf das biologische Geschlecht) negiert und die Möglichkeit der Existenz objektiver und universal gültiger ethischer Normen pauschal ablehnt. Kritiker einer Identitätspolitik haben hier zu Recht darauf verwiesen, dass mit einer Überbetonung der subjektiven „Ich-Perspektive“ eine Identitätspolitik Gefahr läuft, die normative „Wir-Perspektive“ einer demokratischen Wertegemeinschaft zu unterminieren, die von einer Identitätspolitik vorausgesetzt wird und die die Bedingung der Möglichkeit von Identitätspolitik ist.¹¹

Katholiken sollten sich hüten, Identitätspolitik in Bausch und Bogen zu verurteilen.

Ein genuin katholischer und konstruktiver Beitrag zur oft unnötig polarisierten Debatte über Identitätspolitik könnte darin bestehen, ihren Fokus mehr bzw. zurück auf die „Du-Perspektive“ hinzulenken. Demokratische Gesellschaften können auf Dauer nur überleben, wenn ihre Bürger in ausreichendem Maße fähig sind, sich in normative Standpunkte hineinzusetzen, die nicht ihre eigenen sind. Dies heißt wohlgerne nicht, dass man den eigenen Standpunkt aufgibt und den des Gegenübers einfach übernimmt. Es heißt lediglich, dass man sich bemüht, die Welt mit den Augen des Gegenübers zu betrachten und verstehen zu lernen.¹²

Auf dieser Grundlage könnten dann aufgeheizte Debatten (z.B. über Gender-sprache) fruchtbarer geführt werden. So wenig, wie sich z.B. aus jedem gefühlten individuellen Verletztsein von Person A durch den Sprachgebrauch von Person B einfach ein Anspruch ableiten lässt, dass B nur noch so spricht, wie A es vorgibt, so wenig sollte B As Anliegen einfach mit dem Verweis auf objektive Gründe linguistischer oder grammatikalischer Natur abtun. In letztgenannten Fall versetzt sich B eben nicht in A hinein und fragt nicht im Sinne eines *audi alterem partem*

(Höre immer auch die andere Seite!), welche subjektiven Erfahrungen A dazu veranlassen, von B zu fordern, sprachlich mehr „gesehen“ zu werden.¹³ Ebenso könnte A durch ein Hineinversetzen in B eventuell besser verstehen, dass B As Anliegen vielleicht als solches gar nicht ablehnt, sondern nur die Argumente, mit denen A seine Forderung begründet. Durch ein solches aktives Zuhören auf der Du-Ebene würde auch die Wir-Perspektive einer demokratischen Gemeinschaft gestärkt, denn durch den Einbezug von individuellen Unrechtserfahrungen erhöht sich signifikant auch die Wahrscheinlichkeit, normative „blinde Flecken“ der Wir-Perspektive zu entdecken und zu korrigieren.

Gut katholisch im Umgang mit Identitätspolitik ist also, deren Insistenz auf die normative Relevanz des Partikulären und Subjektiven als eine gute normative Intuition grundsätzlich zu begrüßen, aber Identitätspolitik mit guten Gründen abzulehnen, wenn sie mit einer allgemeinen Ablehnung alles Universellen und Objektiven einhergeht. Zu unterscheiden ist also das normative Anliegen, welches mit einem katholischen Weltbild gut vereinbar ist, und demgegenüber bestimmte philosophische Hintergrundannahmen und -theorien, die nicht ohne weiteres mit einer katholischen Weltanschauung versöhnt werden können (z.B. ein ethischer Relativismus in Bezug auf Identitäten).

Noch weitgehend unausgeleuchtet in der Debatte um Identitätspolitik ist ferner, was eigentlich identitätskonstituierend ist oder sein sollte und in welchem Maße.¹⁴ Auf dieser inhaltlichen Ebene könnten christliche Intellektuelle kritisch hinterfragen, ob ein Bezug auf Merkmale wie Hautfarbe, Nationalität, sexuelle Orientierung oder Geschlecht wirklich geeignet ist, um eine Identität auszubilden, die subjektiv wie objektiv auf lange Sicht tragfähig ist und letztlich glücklich macht. Damit ist wohlgemerkt nicht von vornherein ausgeschlossen, dass solche Merkmale eine identitätsstiftende Rolle für ein katholisches Individuum spielen können. Vielmehr ist die Frage, was eine zentrale und was eine eher nebensächliche Rolle in der Ausbildung der eigenen Identität spielt oder spielen sollte. Aus katholischer Sicht ist hier die Antwort klar: Für eine christliche Identität spielen sowohl subjektive individuelle Merkmale wie Hautfarbe, Nationalität, sexuelle Orientierung oder Geschlecht als auch objektive Aspekte wie die Zugehörigkeit zu einer Institution oder die strenge Einhaltung von (moralischen) Regeln nur eine Nebenrolle.

Im Zentrum der Ausbildung einer genuin christlichen Identität steht vielmehr die Person Jesu Christi und die lebendige Beziehung zu ihr. In Anlehnung an Romano Guardini könnte man sagen, dass christliche Identität nichts anderes ist als die Weise, wie Christen auf Jesu Frage antworten „Liebst du mich?“ (Joh

21, 16). Eine solche Identität ist nicht exkludierend, sondern inkludierend, d.h. in ihr werden bleibende objektive wie subjektive Unterschiede zwischen Menschen nicht eliminiert, sondern in einem guten Sinne „aufgehoben“. †

Anmerkungen

- 1 Thomas Piketty: Rassismus messen. Diskriminierung bekämpfen. München 2022, 11.
- 2 Ebd. 7–11.
- 3 Vgl. <<https://www.identitaere-bewegung.de/allgemein/nationale-minderheiten-und-ethnokulturelle-identitaet>>.
- 4 Vgl. <<https://www.identitaere-bewegung.de/allgemein/identitaere-bevoelkerungspolitik>>.
- 5 Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt am Main und New York 2021, 102.
- 6 Vgl. ebd. 98–138.
- 7 Francis Fukuyama: Against Identity Politics: The New Tribalism and the Crisis of Democracy. In: Foreign Affairs 97 (5/2018), 91. [Übers. Red.]
- 8 Vgl. insbesondere Wagenknecht (Anm. 5), 171–201. Eine gute Analyse dieses Mechanismus der Täter-Opfer-Umkehr bietet, Jason Stanley: How Fascism Works: The Politics of Us and Them. New York 2018, 93–107.
- 9 Ein locus classicus dazu ist z.B. Aristoteles' Politik, in der die Idee von „natürlichen Sklaven“ damit gerechtfertigt wird, dass manche Nicht-Griechen nicht oder nur vermindert zum autonomen Vernunftgebrauch fähig seien.
- 10 Vgl. Sonia Kruks: Retrieving Experience. Subjectivity and Recognition in Feminist Politics. Ithaca, NY, 2001, 85.
- 11 Vgl. Cressida Heyes: Art. Identity Politics. In: *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (2020). Im deutschen Kontext ist insbesondere die in diesem Sinne geäußerte Kritik an Identitätspolitik, die Wolfgang Thierse mit seinem FAZ-Artikel „Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft“ (22. Februar 2021) vorgebracht hat, vielfach rezipiert worden. Auf: <<https://www.thierse.de/startseite-meldungen/22-februar-2021>>.
- 12 Mehr zu den theoretischen Grundlagen und den praktischen Vorzügen eines solchen Debattierens aus der Du-Perspektive stelle ich vor in: Religious Reasoning in the Liberal Public from the Second-Personal Perspective: A Defense of an Inclusivist Model of Public Reason Liberalism. *Journal of Ethics and Social Philosophy* 20 (3/2021).
- 13 Vgl. James Tully: Art. Identity politics. In: *The Cambridge History of Twentieth-Century Political Thought* (2003), 527–529.
- 14 Für gute formale Anregungen in diese Richtung, vgl. ebd. 529–533.